

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1949**

124 (25.10.1949)

# UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

FL 05

4. Jahr Nr. 124 / 20 Pfg.

Für Frieden, nationale Einheit und Unabhängigkeit

Dienstag, 25. Oktober 1949

Heute  
mit großem  
illustriertem Sportteil

Fortuna Freiburg — Singen 0:2 (!)  
Rastatt — VfL Freiburg 2:0  
Villingen — Offenburg 6:0  
Fürth — SV Waldhof 5:1 (!)  
1860 München — Nürnberg 0:2  
Mühlburg — Kicker Stuttgart 4:2 (!)

## Überwinden wir die Spaltung Deutschlands

KPD-Fraktion ruft alle Deutschen zum Kampf für die Einheit unseres Vaterlandes auf

Bonn. (UT) Die Erklärungen Dr. Adenauers, daß die Bundesrepublik allein befugt sei, für das deutsche Volk zu sprechen, hatte nicht die Wirkung, wie sie die Bonner Regierung erhofft hatte, trotz des frenetischen Beifalls der Mehrheit des Bundestages.

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit standen die Ausführungen des Abg. Heinz Renner (KPD), der Berlin als Sitz der Bundesorgane vorschlug, um die Voraussetzung für die Überwindung der Spaltung unseres Vaterlandes zu schaffen.

In seiner Einleitung sagte er:

Meine Damen und Herren! Es ist nicht meine Absicht, heute auf die großen historischen Irrtümer in den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers bezüglich der Entstehung des westdeutschen Separatstaates einzugehen. Das werden wir tun, wenn der Herr Bundeskanzler die Genehmigung von Petersburg erhalten hat, über seine angekündigten innen- und außenpolitischen Maßnahmen zu sprechen.

Wir haben heute die Regierungserklärung einer Regierung gehört, die sich hinter die sogenannte strategische Rheinlinie der Atlantikpakt-Strategen zurückgezogen hat. In dieser Erklärung der Regierung wurde keine einzige Frage zur Lösung des deutschen Problems

ausgesprochen. Von diesem Fortschritt hinter dem Rhein, spricht Herr Dr. Adenauer vom „Bollwerk Berlin“ und erklärt, er wolle Berlin nicht im Stich lassen. Berlin soll geholfen werden, nur von Berlin aus.

Berlin ist un...

In Berlin hat die provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihren Sitz. Aber Sie, meine Damen und Herren, Sie streiten über Frankfurt oder Bonn als Bundeshauptstadt. Nach unserer Meinung wäre es, um die Spaltung Berlins und die Spaltung Deutschlands zu überwinden, von großem Nutzen, wenn die westlichen Verwaltungsorgane ihren Sitz nach Berlin verlegen. Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, die wirtschaftlichen Verhandlungen auf gesamtdeut-

scher Grundlage leichter und reibungsloser durchzuführen.

Wenn dann die Regierung Adenauers und die Politiker Westdeutschlands dafür kämpfen würden, daß die Westmächte den deutschen Organen die staatlichen Hoheitsrechte zurückgeben, wie das die Regierung der UdSSR der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber bereits getan hat, dann wäre ein entscheidender Schritt zur Verständigung getan.

Und wenn Sie, meine Damen und Herren, dann dafür kämpfen würden, daß alle Besatzungstruppen Berlin und darüber hinaus ganz Deutschland verlassen, dann wäre der entscheidende Schritt zur Wiederherstellung der deutschen

Souveränität und der Einheit

getan. Herr Dr. Adenauer wünscht aber nicht Berlin als souveräne Hauptstadt Deutschlands, deshalb bleibt er hinter dem Rhein und will Berlin in der Rolle eines Vorpostens und Bollwerks gegen den Osten. Herr Dr. Adenauer will damit Berlin als Instrument des kalten Krieges erhalten.

Und, meine Damen und Herren von der SPD: Hinter dieser Losung: „Berlin, das Bollwerk gegen den Osten“, versteckt sich noch eine andere Absicht der reaktionären Rechtsregierung, nämlich die, in Berlin sogar den sozialdemokratischen Einfluß zu brechen. Das ganze Gerede über die Hilfe kann über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß Arbeitslosigkeit, finanzielle Schwierigkeiten und die Wirtschaftskrise in Berlin diesem politischen Ziel der Rechtsregierung dienen sollen. Um so unbegreiflicher ist es selbst für viele Sozialdemokraten, daß die Regierung der SPD diese Politik Dr. Adenauers unterstützt.

Der Antrag der KPD

Bonn. Abg. Renner brachte für die KPD-Fraktion am Schluß seiner Erklärung folgenden Antrag:

Antrag: Betr. Sitz der leitenden Bundesorgane.

„Der Bundestag wolle beschließen: Die leitenden Bundesorgane verlegen ihren Sitz in die Hauptstadt Deutschlands, Berlin. Der Bundestag versammelt sich alsbald in Berlin.“

### Vorbildlicher Beschluß

des Gewerkschaftsbundes

Freiburg. In der am 19. Oktober stattgefundenen Vorstandssitzung beschäftigte sich der Gewerkschaftsbund mit dem Schicksal der entlassenen Kriegsgefangenen. Es wurde dabei festgestellt, daß viele von ihnen bis heute noch nicht wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert sind.

Der Bundesvorstand stellt deshalb an die Regierung den Antrag, daß die ehemaligen russischen Kriegsgefangenen sofort wieder ihre alten Arbeitsplätze erhalten. Sollte die frühere Arbeitsstätte zerstört sein, so ist ihnen eine Arbeitsstelle in einem gleichartigen Betrieb alsbald zuzuweisen.

### KP Frankreich begrüßt die Deutsche Republik

Französische Werktätige werden demokratische Kräfte Deutschlands unterstützen

Paris. Die Kommunistische Partei Frankreichs begrüßt in einer Erklärung des Politischen Büros der KPF die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik. „Es liegt im Interesse des französischen Volkes, dieselbe gegen das Wiederaufleben des Nazismus und des Militarismus zu unterstützen“, heißt es in dieser Erklärung.

Die Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik heißt es weiter, unterstreicht den gewaltigen Unterschied, welcher zwischen der in Deutschland durch die Sowjet-Union erfolgten Politik und jener der Westmächte besteht.

Während Adenauer die Rolle eines amerikanischen Gauleiters spielt, sich anschnickt aus West-Deutschland eine Angriffsbasis zu machen für einen neuen Krieg, bietet die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik den Deutschen an Stelle des Weges zu einem neuen Blutvergießen, die Perspektive einer friedlichen Zusammenarbeit mit den anderen Völkern.

Die entschlossene und klare Politik der Sowjet-Union, welche einmal mehr der Sache des Friedens dient, gibt dem deutschen Volke die Möglichkeit, wirksam seinen Willen, aus sich kein Instrument der amerikanischen und englischen Kriegstreiber machen zu lassen, zu bestätigen.

Das französische Volk erachtet, daß die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik den nationalen Interessen Frankreichs entspricht, „denn das Bestehen eines friedlichen und demokratischen Deutschlands, verbunden mit der friedlichen Sowjet-Union, schließt die

Möglichkeit neuer Kriege in Europa aus, macht dem Blutvergießen in Europa ein Ende und macht die Vasallisierung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich.“ (J. Stalin).

Das Politische Büro erachtet, daß es die Aufgabe aller französischen Patrioten und Demokraten ist, die demokratischen und friedlichen Kräfte Deutschlands zu unterstützen, welche für die Verstärkung der neuen Deutschen Demokratischen Republik kämpfen, um das gesamte Deutschland in die Weltfront des Friedens zu führen, an deren Spitze die große und mächtige Sowjet-Union steht.

### Preiserhöhungen angekündigt

London. Schatzkanzler Sir Stafford Cripps kündigte am Mittwoch auf einer Pressekonferenz die Möglichkeit von Preiserhöhungen für Lebensmittel im kommenden Jahr an. Auch Haushaltswaren könnten davon betroffen werden.

### Kaffee als Waffe benützt

Zwei Zollbeamte verletzt — Schmuggler entkommen

Düsseldorf. Zu einem erbitterten Kampf zwischen Polizei und Schmugglern kam es an der deutsch-belgischen Grenze bei Stolberg. Eine Polizeistreife hatte einen LKW angehalten, der, ohne sich um das Haltezeichen zu kümmern, weiterfuhr. Der LKW wurde daraufhin von einer motorisierten Polizeistreife verfolgt. Aus dem flüchtenden Wagen wurden große Holzkisten auf die Straße geworfen, um den Verfolgern die Straße zu versperren. In der Nähe des Kaninberges nahm dann eine Zollstreife den Kampf mit den Schmugglern auf. Als sich das Motorrad der Zollner in Höhe des Lastwagens befand, kippten die Schmuggler plötzlich einen 50 Pfund schweren Sack Kaffee auf das Motorrad, so daß es umstürzte. Beide Zollbeamten wurden verletzt und mußten die Jagd aufgeben. Der LKW konnte entkommen.

### Zuchthausstrafen im Werwolf-Prozeß

Aachen. Wegen Beihilfe zum Totschlag in Tateinheit mit einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden am Samstag vom Aachener Schwurgericht der ehemalige SS-

### Erkenntnis der Gewerkschaften

Düsseldorf. August Schmidt, der Vorsitzende der Industriegewerkschaft „Bergbau“, erklärte am Samstag zur Frage der Demontage, kein anständiger Deutscher dürfe sich weiterhin an den Demontagen beteiligen. Die Gewerkschaft habe sich in der Demontage-Frage bis jetzt Zurückhaltung auferlegt, in der Hoffnung, daß sich die Vernunft durchsetzen werde.

### Abbau der Borsig-Werke

Berlin. Die zweite Demontage der Borsig-Werke in Berlin-Tegel wurde am Samstag begonnen. Statt mit dem FDGB den Kampf für die Erhaltung des Werkes aufzunehmen, hat die UGO die internationale Reparations-Agentur in Brüssel in einem Telegramm gebeten, die Demontage der Borsig-Werke „zurückzustellen“. Bereits vor zwei Wochen hatte der UGO angeschlossene Metallarbeiter-Verband ein Telegramm in dieser Angelegen-

### Scharfe Ablehnung durch französische Arbeiterschaft zwingt ihn zum Rücktritt

Paris. Die französische Regierungskrise ist wieder am gleichen Punkt wie am 6. Oktober, als das Kabinett Queuille zurückgetreten war. Nach dem Sozialisten Jules Moch mußte auch der Radikale René Mayer, gezwungen durch die scharfe Ablehnung der französischen Arbeiterschaft, auf eine Regierungsbildung

heit an den französischen Hohen Kommissar François-Poncet gerichtet, ohne bisher eine Antwort zu erhalten.

### Ruhrindustrie deutschem Einfluß entzogen

Bonn. Die Hohen Kommissare erließen ein Gesetz über die von ihnen eingesetzte Ruhrbehörde. Das Gesetz verleiht dieser ausländischen Behörde das Recht, Verträge abzuschließen, Vermögenswerte zu erwerben und darüber zu verfügen. Die Behörde genießt Immunität und darf keinen Beschlagnahmungen, Enteignungen und Ueberprüfungen unterworfen werden. Sie ist von allen direkten Abgaben, Ein- und Ausfuhr-Beschränkungen befreit und hat die gleichen Vergünstigungen wie ausländische Regierungen.

Abg. Rische (KPD) begründete im Bundestag den Antrag der KPD auf Ablehnung des Ruhrstatuts. Die Preisgabe des Ruhrgebiets durch die Adenauer-Regierung bedeute die Verschacherung der deutschen Arbeitskraft an die amerikanischen Montanherrn. Die KPD stehe auf dem Standpunkt, daß das Ruhrgebiet für alle Zeiten deutsches Eigentum bleiben müsse.

### Auch René Mayer mußte kapitulieren

Scharfe Ablehnung durch französische Arbeiterschaft zwingt ihn zum Rücktritt

verzichtet und am Sonntag dem französischen Staatspräsidenten seine Demission übergeben. Obwohl René Mayer in der Nationalversammlung eine Mehrheit gefunden hatte, löste seine Regierungserklärung in der u. a. eine Einschränkung des Streikrechts der Beamten, Kürzungen im Sozial-Etat und eine Reprivatisierung der verstaatlichten Betriebe vorgesehen war, in allen französischen Gewerkschaften scharfen Protest aus.

### Für eine Volksregierung

Paris. Das politische Büro der KP Frankreich richtet erneut einen Appell an alle Franzosen, „ohne Unterschied ihrer Meinung oder ihrer Glaubensbekenntnisse, sich zu einigen und Seite an Seite zu kämpfen, um zu fordern, daß eine Regierung der demokratischen Einheit gebildet wird, welche den berechtigten Forderungen der schaffenden Menschen Rechnung trägt.“

### Trotz Kerker!

New York. Zehn der elf angeklagten führenden Mitglieder der amerikanischen KP wurden zu fünf Jahren Gefängnis und einer zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Alle erhielten eine zusätzliche Geldstrafe von 10 000 Dollar. Das Urteil lautete auf „Verbrecherische Verschwörung.“

Eugene Dennis, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten erklärte, die amerikanische Nation werde noch jahrelang auf diesen Prozeß mit Scham und Zorn zurückblicken. Die Kommunistische Partei werde ihren Weg fortsetzen „komme, was wolle“. Er fügte hinzu, daß die amerikanischen Kommunisten der Zukunft mit überlegenem Vertrauen entgegensehen würden.









